

Pressemitteilung

ASB zum Kommissionsbericht Pflege:

„Pflege ist kein Kostenfaktor – sie ist ein Versprechen!“

Berlin/Köln, 14.10.2025 – Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) begrüßt, dass Bund und Länder mit dem „Zukunftspakt Pflege“ endlich die Reform der Pflegeversicherung angehen. Doch die Zwischenergebnisse zeigen erneut, wie zögerlich die Bundesregierung den sozialstaatlichen Auftrag interpretiert. „Pflege ist kein Kostenfaktor, den man verwalten kann – sie ist ein Versprechen an die Menschen in diesem Land,“ erklärt ASB-Hauptgeschäftsführer Dr. Uwe Martin Fichtmüller. „Wer Nachhaltigkeit fordert, darf Solidarität nicht opfern. Eine gute Pflege ist Teil sozialstaatlicher Verantwortung und Ausdruck echter Generationengerechtigkeit.“

Sozialversicherung braucht Vertrauen, keine rhetorische Reform

Die Pflegeversicherung steht exemplarisch für die herbeigeredete Krise des Sozialstaats: „Wir erleben eine Politik, die Stabilität beschwört, aber Reformen scheut, wenn sie finanzielle oder strukturelle Verantwortung übernehmen soll. Nachhaltigkeit darf nicht zum Synonym für Sparpolitik werden“, warnt der ASB-Hauptgeschäftsführer Fichtmüller.

„Denn wer Beitragssätze stabil halten will, muss das System ehrlich finanzieren – durch Steuern, nicht durch schleichende Leistungskürzungen. Es ist inakzeptabel, dass versicherungsfremde Leistungen weiter aus Beiträgen gezahlt werden, während die Länder ihre Investitionspflichten vernachlässigen. Der Sozialstaat darf sich nicht über semantische Nebel retten. Wenn von ‚Nachhaltigkeit‘ und ‚Effizienz‘ gesprochen wird, ohne Finanzierungslücken zu schließen, wird Sprache zum Ersatz für Politik“, so Fichtmüller.

Die aktuelle Reformdiskussion verengt sich laut ASB auf betriebswirtschaftliche Effizienz und Modellrechnungen. Das eigentliche Ziel – eine solidarische Absicherung des Pflegebedarfs – droht dabei verloren zu gehen. Der ASB fordert deshalb zwei Schritte:

1. Planbare Eigenanteile statt Beitragslotterie

Der ASB fordert eine verbindliche Begrenzung der Eigenanteile und lehnt Modelle der obligatorischen privaten Zusatzversicherung ab. Die derzeitige Debatte lasse erkennen, dass die Bundesregierung Begriffe wie „Sockel-Spitze-Tausch“ aufgreife, ohne das Konzept ernsthaft in Erwägung zu ziehen. „Es reicht nicht, sozialpolitische Schlagworte zu ventilieren, wenn man in Wahrheit Leistungsbegrenzung meint“, so Fichtmüller.

2. Pflege als Gemeinschaftsaufgabe – keine Individualisierung der Verantwortung

Immer neue Modelle zur „eigenverantwortlichen Vorsorge“ drohen, die Solidarität auszuhöhlen. Der ASB warnt vor einer schleichenden Privatisierung des Pflegerisikos, die Angehörige, insbesondere Frauen, erneut überfordert. Stattdessen brauche es Pflegezeitgeld, Unterstützung für Familien und eine starke häusliche Pflege als tragende Säule.

„Pflege darf nicht vom Geldbeutel abhängen,“ betont Fichtmüller. „Menschen brauchen Sicherheit – nicht Rechenmodelle, die niemand versteht.“

Die Bundesregierung muss liefern – Bündnisse werden nicht ernst genommen

Die Stellungnahmen aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen im Zwischenbericht – von Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Karl-Josef Laumann, – zeigen, dass der politische Wille zur Stärkung der ambulanten Pflege und Entlastung von Angehörigen vorhanden ist. Doch die Bund-Länder-Kommission bleibt ungenau. Viele zentrale Vorschläge der Verbände und Bündnisse – von der Deckelung der Eigenanteile bis zur gerechten Finanzierung – werden zwar erwähnt, aber nicht geprüft.

„Das ist das alte Muster,“ so Fichtmüller. „Begriffe aufgreifen, Debatten andeuten, Erwartungen wecken – und dann im Kleingedruckten zurückrudern.“

Der ASB fordert die Bundesregierung auf, die Vorschläge zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Wohlfahrtsverbände endlich ernsthaft in die Gesetzesvorbereitung einzubeziehen, statt sie in der Anhörungsphase zu neutralisieren.

„Pflege ist eine Gemeinschaftsaufgabe – und das Bündnis dafür existiert längst,“ sagt Fichtmüller. „Es wäre ein fatales Signal, wenn die Bundesregierung diese gemeinsame Stimme ignoriert.“

Kontakt:

Diana Zinkler
Fachbereichsleitung Kommunikation und Public Affairs
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
Telefon: 030/2325786-122
E-Mail: d.zinkler@asb.de